



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
02.11.2024 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Langjähriger Chef des EWN-Seniorenbeirats gestorben	4
30.10.2024 Ostsee-Zeitung.de: Atommüll-Endlager: Regierungskommission warnt vor Scheitern der Standortsuche	5
03.11.2024 WELTplus: Deutschlands Debakel um den Atommüll	7
03.11.2024 fr.de: Erbe der Atomkraft: Bericht enthüllt beunruhigende Details der Atommüll-Lagerung	10

# Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

**Autor/-in:** Oberdörfer Eckhard [tmt723a4dlulef1nhlkl57p]**Seite:** 9**Ressort:** Lokales Greifswald<sup>1</sup> IVW 3/2024<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 6.623 (gedruckt) <sup>1</sup> 7.380 (verkauft) <sup>1</sup>  
7.564 (verbreitet) <sup>1</sup>**Reichweite:** 0,036 (in Mio.) <sup>2</sup>

## Langjähriger Chef des EWN-Seniorenbeirats gestorben

Leonard Bienert leitete den wohl größten Seniorenverbund in Vorpommern bis 2021

Der Greifswalder Leonard Bienert starb Mitte Oktober im Alter von 77 Jahren. Er engagierte sich in Greifswald und im Landkreis, holte 2016 den AfD-Spitzenkandidaten Leif-Erik Holm zu einer politischen Diskussionsrunde.

Leonard Bienert ist am 15. Oktober im Alter von 77 Jahren gestorben. Der gebürtige Sachse war von 2009 bis 2021 Chef der EWN-Senioren. „Er hat es gut gemacht“, sagt sein Weggefährte Werner Hils. Hans-Joachim Krüger, ebenfalls EWN-Senior, stimmt zu und ergänzt: „Er hat sich sehr engagiert.“ In Absprache mit dem Sprecherrat holte Leonard Bienert Politiker zu den Treffen der Gruppe in Greifswald, darunter den wohl berühmtesten Vertreter der Linkspartei, Gregor Gysi, die frühere DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft (PDS), aber auch Wirtschaftsbosse aus ganz Deutschland. Die EWN-Senioren sind überparteilich, betonen Hils und Krüger. Darum wurde beispielsweise schon zur Diskussionsrunde der Kandidaten zur Landtagswahl 2016 auch AfD-Spitzenkandidat Leif-Erik Holm eingeladen.

Im Schnitt kommen 60 bis 80 Frauen und Männer zu den Treffen, so Bienerts Nachfolger als Chef der EWN-Senioren, Stefan Barthel. Richtig heißt die Funktion übrigens: Sprecher des Sprecherrates der Interessengemeinschaft der Senioren des ehemaligen Kernkraftwerkes und der EWN.

Die EWN-Senioren sind die größte und aktivste Seniorengemeinschaft von Vorpommern-Greifswald, schätzt Herbert Kautz ein. Der frühere Greifswalder Landrat ist der Vorsitzende des Kreis-Seniorenrates. Bienert war seit 2011 sein Stellvertreter. Damals wurde der Kreisseniorrat Vorpommern-Greifswald gegründet.

Er war auch Mitglied des Vorstandes des Seniorenbeirates der Hansestadt. Für die geleistete Arbeit wurde der Rentner mehrfach ausgezeichnet, so mit dem Ehrenamtspreis des Landkreises. „Leo-

nard Bienert war sehr engagiert. Auf ihn konnte man sich immer verlassen“, sagt Herbert Kautz. Die Nachricht von seinem Tod habe ihn sehr erschüttert. Für das Kernkraftwerk Greifswald arbeitete Leonard Bienert seit 1980, wechselte von der hiesigen Energieversorgung nach Lubmin. Er war als Abteilungsleiter für die Standortfindung des geplanten vierten, aber nie gebauten DDR-KKW bei Leipzig zuständig. Als das Lubminer Werk 1990 abgeschaltet wurde, arbeitete Bienert bis zu seinem Ausscheiden für das Informationszentrum der EWN.

Er sei ein Familienmensch gewesen, sagen Hils und Kautz. Seine Frau, seine Söhne, seine Enkel waren ihm außerordentlich wichtig. In den letzten Jahren habe er leider zunehmend gesundheitliche Probleme gehabt.

**Abbildung:** Leonard Bienert, langjähriger Chef des Greifswalder EWN-Seniorenbeirats, starb im Alter von 77 Jahren.  
**Fotograf/-in:** Foto: K. Degrassi  
**Wörter:** 355  
**Ort:** Greifswald

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH &amp; Co. KG

Autor/-in: Thorsten Fuchs

Visits (VpD): 3,60 (in Mio.)<sup>1</sup>

Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.ostsee-zeitung.de/politik/atommuell-endlager-regierungskommission-warnt-vor-scheitern-der-standortsuche-YZFB16FI2BGZJNBO24YV24SMZQ.html><sup>1</sup> von PMG gewichtet 09-2024

„Hohe Wahrscheinlichkeit“

# Atommüll-Endlager: Regierungskommission warnt vor Scheitern der Standortsuche

Die Suche nach einem Atommüll-Endlager wird laut Prognosen noch viele Jahrzehnte dauern. Ein Expertengremium, das die Bundesregierung berät, hält nun sogar ein Scheitern für möglich. Seine Vorschläge für eine Beschleunigung bergen jedoch politischen Zündstoff.

Eine hochrangig besetzte Expertenkommission der Bundesregierung warnt vor einem Scheitern der Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager. Die Mitglieder seien angesichts der Schätzungen zur Dauer des Verfahrens „sehr besorgt“, heißt es in einem [Positionspapier der Entsorgungskommission](#), das an diesem Mittwoch veröffentlicht wird. Es „besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass das gesamte Verfahren scheitert“, warnt das Gremium, das das Bundesumweltministerium berät. Damit würde es vor allem für die hochradioaktiven Abfälle keine langfristig sichere Entsorgungslösung geben. „Die Entsorgungskommission hält dies für nicht hinnehmbar“, schreiben die Autorinnen und Autoren des Papiers.

Die Kommission bezieht sich damit insbesondere auf eine im August bekannt gewordene Studie des Freiburger Öko-Instituts, die einen Abschluss der Standortsuche für frühestens 2074 vorhersagt. Erst danach könnte mit dem Bau eines Endlagers überhaupt begonnen werden. Zurzeit steht der deutsche hochradioaktive Müll aus den früheren Atomkraftwerken oberirdisch in über die ganze Republik verteilten Zwischenlagern. Die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung hält einen Abschluss der Suche frühestens in den 2040er-Jahren für möglich. Laut Gesetz müsste der Standort eigentlich 2031 feststehen. Dies hält jedoch längst niemand mehr für realistisch.

**Gesucht: der „bestmögliche Standort“ für eine Million Jahre**

Die 14 Expertinnen und Experten der

Kommission machen in ihrem Papier jetzt konkrete Vorschläge für eine Beschleunigung der Suche. So solle sich die BGE im weiteren Verlauf bei der Auswahl möglicher Regionen für eine nähere Erkundung nur auf die konzentrieren, „für die Aufwand und Dauer der Erkundung möglichst gering sind“. Was selbstverständlich klingt, ist bei der Suche bislang ein nachrangiges Kriterium. Die BGE selbst sucht, so ist ihr Auftrag, den Standort, der aus wissenschaftlicher Sicht „bestmöglich“ für eine Million Jahre geeignet ist.

Dazu will sie 2027 konkrete Regionen oder Standorte benennen, die sich in der jetzt laufenden ersten Phase der Suche als prinzipiell geeignet herausgestellt haben. Dazu sollen im weiteren Verlauf auch eigens Erkundungsbergwerke gebaut werden, die die Endlagerung simulieren. Genau das hält die Kommission aber für nicht nötig - sie empfiehlt den Verzicht auf diese Bergwerke. Außerdem solle die Zahl der Regionen möglichst früh auf jene zu begrenzen, „für die eine begründete starke Aussicht besteht, dass in ihnen später der Standort mit bestmöglicher Sicherheit gefunden werden kann.“ Die Kommission plädiert daher für eine Liste mit „deutlich weniger als zehn Standortregionen“, auf die sich die Suche konzentrieren solle. Dahinter steht offenbar die Sorge, dass die BGE im Wunsch nach Neutralität und wissenschaftlicher Unangreifbarkeit zu lange und an zu vielen möglichen Regionen festhält - und so Ressourcen verschwendet.

**Ein Gestein könnte ausscheiden**

Unfreiwillig auch politisch heikel ist daher ein dritter Vorschlag der Expertenkommission. So empfehlen sie, nicht krampfhaft an allen drei möglichen Wirtsgesteinen festzuhalten. Bislang läuft die Suche in Ton, Salz und Kristallingestein, wobei alle drei Gesteinsarten bestimmte Vor- und Nachteile für die Endlagerung haben. Das Gremium hält Kristallingestein nun für weniger geeignet. Die Fachleute argumentieren dabei rein wissenschaftlich: Wassereintrüche könnten hier selbst in idealen Lagen kaum ausgeschlossen werden, der Verzicht auf die aufwendigen Probebergwerke wäre kaum möglich.

Allerdings würde der frühe Verzicht auf Kristallingestein auch bereits eine frühe regionale Festlegung bedeuten. Diese Gesteinsart kommt vor allem in Bayern und Sachsen vor. Beide wären mit dem Ausschluss früh raus aus dem Verfahren. Ton und Salz sind in aussichtsreichen Lagen dagegen vor allem im Norden Deutschlands zu finden. Die bayerische Landesregierung hat ein Atommüll-Endlager in ihren Grenzen früh ausgeschlossen. Aus Niedersachsen gab es dafür heftigen Widerspruch. Das Papier der Kommission stützt jetzt, wenn auch unabsichtlich, aus wissenschaftlicher Sicht diese Position. Die Entsorgungskommission empfiehlt jetzt umso dringlicher „ein verfahrensschonendes und willentlich beschleunigendes Zusammenspiel aller Akteure“ - vulgo: ein Ende des politischen Streits. Darauf dürfte es nun umso stärker ankommen.

Abbildung:

In solchen Castor-Behältern, wie hier im Forschungszentrum Jülich, wird der deutsche Atommüll im Moment in Zwischenlagern gelagert.

**Fotograf-in:**

Quelle: Andreas Endermann/dpa/Archivbild

**Wörter:**

627

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

**Autor/-in:** Verena Müller  
**Seite:** 11:00:17  
**Ressort:** Wissenschaft  
**Rubrik:** Wissenschaft  
**Weblink:** <https://www.welt.de/wissenschaft/plus254082244/Suche-nach-dem-Endlager-Deutschlands-Debakel-um-den-Atommuell.html>

**Mediengattung:** Online News  
**Jahrgang:** 2024  
**Nummer:** 0

Suche nach dem Endlager

## Deutschlands Debakel um den Atommüll

In deutschen Zwischenlagern sammelt sich der hochradioaktive Müll. Eine Entscheidung für ein Endlager wird frühestens 2074 fallen – im besten Fall. Andere Länder sind viel weiter. Warum sich das Verfahren hierzulande derart in die Länge zieht – und die Gefahr in den Übergangstätten wächst.

Plötzlich ragen sie vor einem in die Höhe. Die Zylinder aus Gusseisen, sechs Meter hoch, blau, glänzend, 120 Tonnen schwer. Umgeben von einer Halle, fast 200 Meter lang, 20 Meter hoch, und meterdicken Betonwänden. In jedem der Giganten steckt so viel hoch radioaktives Material, wie bei der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl freigesetzt wurde.

Es sind sechs von bundesweit rund 1500 Castorbehältern, randvoll mit radioaktivem Abfall, die hier in Ahaus gelagert werden, einem Städtchen in Nordrhein-Westfalen kurz vor der niederländischen Grenze. David Knollmann von der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), steht vor einem der Behälter und sagt: „Wir müssen die sehr viel länger zwischenlagern als eigentlich geplant.“

Bundesweit liegen rund 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiver Müll in Zwischenlagern – nur fünf Prozent aller Abfälle, aber mit 99 Prozent der Radioaktivität. Es sind verbrauchte Brennelemente aus Atomkraftwerken, aber auch die strahlenden Reste, die nach der Wiederaufbereitung aus Frankreich und Großbritannien zurücktransportiert worden sind. Es ist der Abfall aus einer Ära, die im Frühjahr 2023 zu Ende ging.

Damals hatte Deutschland seine letzten drei Atommeiler abgeschaltet, Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2. Andere Länder, darunter China und Russland, sowie Kanada und Schweden, planen hingegen neue Reaktoren. Auch hierzulande entflammt die Debatte um die weitere Nutzung der Kernenergie neu. Moderne Anlagen versprechen, billiger und hocheffizient zu sein.

Was bei der Diskussion meist unerwähnt bleibt: Noch immer ist nicht geklärt, was mit dem atomaren Abfall geschehen soll. Weder mit dem aus 60 Jahren Atomkraft noch mit zukünftigem. Denn selbst bei den neuen Technologien, die vorgeben, beinahe ohne strahlende Reste auszukommen, bleibt hoch radioaktives Material übrig. Ein Endlager dafür, das liegt jedoch in weiter Ferne.

Im August hatte ein Gutachten im Auftrag des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) ergeben, ein Standort könnte erst 2074 gefunden sein. Es ist ein aufwendiges Verfahren: Hunderttausende Dokumente müssen beschafft, Gesteine geprüft, Bürger überzeugt werden. Vor zwei Jahren hatte die ausführende Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) noch den Zeitraum 2046 bis 2068 genannt.

Laut der aktuellen Untersuchung seien darin aber jene Schritte ausgeklammert gewesen, an denen die BGE selbst nicht beteiligt ist. Und auch wenn der Platz gefunden sein sollte, wird es 20 weitere Jahre dauern, bis das Lager endlich eingerichtet ist.

Andere Staaten sind da viel weiter. Finnland startete im August den Testlauf für sein finales Lager, die Schweiz entschied sich vor zwei Jahren für einen Standort am Rhein nahe der deutschen Grenze.

**Ein Angriff auf Atomanlagen wurde in Sicherheitsbetrachtungen ausgeschlossen**

Das Problem: Je länger kein Endlager gefunden wird, desto länger liegt der Abfall in den Zwischenlagern – die nach

und nach zu Langzeitdepots werden, womöglich bis zum Ende des Jahrhunderts. Die Hallen und Behälter in Ahaus und den anderen 15 Standorten wurden jedoch lediglich auf 40 Jahre ausgelegt, die Genehmigungen laufen teils bereits 2034 aus. Die meisten von ihnen sind bessere Lagerhallen auf dem Gelände stillgelegter Atomkraftwerke. Sie bieten kaum Schutz vor einem Terrorangriff, einem Flugzeugabsturz, vor einem Krieg erst recht nicht.

Von einem „großen Risikopotenzial dieser Zwischenlager“ warnte vor zwei Jahren der damalige BASE-Präsident Wolfram König im Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine. Ein „kriegerischer Angriff auf Atomanlagen“ sei in den „Sicherheitsbetrachtungen“ bislang ausgeschlossen gewesen. Vor einigen Tagen wurde zwar bekannt, dass die Halle in Gorleben für 20 Millionen Euro eine zusätzliche Schutzmauer erhält. Dennoch sagt auch David Knollmann vom BGZ: „Keine Kernenergietechnik ist gegen den Kriegsfall gesichert.“

Im Zwischenlager Ahaus läuft Knollmann eine Treppe hinauf bis auf eine Empore und lässt seinen Blick schweifen. Rechts von den blauen Behältern mit dem hoch radioaktiven Müll befinden sich 305 kleinere gelbe Castoren, dazu 18 Container aus Forschungsversuchen, alle ebenfalls gefüllt mit hoch radioaktivem Material, darunter einige der ältesten Behälter bundesweit.

Gebaut wurde das Areal in den Achtzigerjahren. Gemeinsam mit dem Zwischenlager in Gorleben sollte es ursprünglich den gesamten hoch radioaktiven Atommüll aufbewahren, bis das Endlager im Gorlebener Salzstock fer-

tig gewesen wäre. Nach jahrzehntelangen Protesten und Klagen wurde die niedersächsische Gemeinde jedoch im September 2020 als Standort ausgeschlossen, die Anlage wird mittlerweile zurückgebaut und mit 400.000 Tonnen Salz aufgefüllt.

Wohin also mit dem strahlenden Müll? Fordern manche, die Kernkraft weiterlaufen zu lassen, müsste auch diese grundlegende Entscheidung gefällt werden. Bis heute verharren deshalb Tausende Castoren in Zwischenlagern. Die alten Behälter in Ahaus, sie sind einer der Knackpunkte, wenn es um die sichere Lagerung geht.

Das weiß auch Maik Stuke, der eine Forschungsgruppe zu diesen Alterungsprozessen bei der BGZ leitet. Man muss beispielsweise verlässlich vorhersagen, erklärt er, in welchem Zustand die Brennstäbe im Inneren der Behälter sind und ob sie womöglich mit der Zeit spröder werden.

Solange die Castoren im Zwischenlager stehen, dürfte das zwar kein Problem sein, prophezeit der Physiker. Das ändere sich aber, sobald es um das finale Verstauen gehe. Denn dafür müssten die Brennelemente noch einmal umgepackt werden – in Gefäße, die an das zukünftige Gestein angepasst sind. Ein besonders heikler Schritt.

### **Oberirdische Lagerung „keine dauerhafte Lösung“**

Die Forscher arbeiten daher an einer Art Röntgenbild der Behältnisse. Mithilfe sogenannter kosmischer Myonen, besonders energiereicher Teilchen, durchleuchten sie die Castoren. Anhand des Strahlenspektrums lässt sich einschätzen: Stehen die Stäbe an der richtigen Stelle, sind sie intakt – oder eben nicht?

Um besser zu verstehen, unter welchen Bedingungen das Material in welchem Maße kaputtgeht und wie viel Strahlung es dabei freisetzt, zerstören Stuke und sein Team in sogenannten heißen Zellen, speziellen Kammern für radioaktives Material, gezielt einzelne Brennstäbe. Stuke sagt: „Das alles dient dazu, die Risiken zu minimieren.“

Bislang gäbe es keine Hinweise auf Probleme im Kern der Castoren. Es sei dennoch „keine dauerhafte Lösung“, die Überreste oberirdisch zu lagern, statt in Hunderten Meter Tiefe. Nur das Gestein liefere schließlich eine echte Barriere, die die radioaktive Strahlung möglichst nicht durchdringt und Schutz gegen Terrorangriffe bietet, am besten über Jahrtausende.

Fragt man Dagmar Dehmer, Sprecherin bei der BGE, warum sich das Verfahren so hinziehe, antwortet sie: „Eigentlich hat Deutschland eine ausgesprochen gute Geologie für ein Endlager.“ Sie hätten jedoch „aus der Geschichte gelernt“, wollten „nicht die Fehler von Gorleben wiederholen“.

Damals habe man eine „derart gravierende Entscheidung“ wie ein Endlager „einfach über die Köpfe der Menschen hinweg“ getroffen. Geologisch war der dortige Salzstock nie dafür geeignet, die Politik räumte das Jahrzehnte später ein. Heute, erklärt Dehmer, soll die Suche „transparent ablaufen, anhand von wissenschaftlichen Erkenntnissen, und die Bevölkerung vor Ort einbeziehen“. Und das dauert.

Vor vier Jahren hatte die BGE 90 sogenannte Teilgebiete eingegrenzt, 54 Prozent der Bundesrepublik, die geologisch prinzipiell infrage kämen. Manche davon erstrecken sich über mehrere Bundesländer, andere über wenige Quadratkilometer.

Für jedes von ihnen klärt die BGE nun, ob es darin eine geeignete Formation gibt: Mehr als 300 Meter tief unter der Erde, mindestens 100 Meter dick und aus einem Material, das für eine Million Jahre undurchlässig bleibt. Denn selbst die besten Behälter werden der Korrosion über Zehntausende Jahre nicht standhalten können. Sind sie löchrig, muss je nach Untergrund allein das Gestein vor den Radionukliden schützen.

Diese Prüfung ist eine Mammutaufgabe: Allein 1,7 Millionen Bohrungen und Dokumente aus 64 Behörden wertet die BGE derzeit dafür aus, viele davon aus der früheren Förderung von Erdöl und Erdgas, die meisten noch mit Schreibmaschine geschrieben. Übrigbleiben sollen bis zu zehn konkrete Regionen, die vor Ort untersucht werden, zunächst übertage, später mindestens zwei davon auch untertage. Bis 2027 soll diese Liste stehen.

### **Drei Gesteinsarten sind geeignet**

Dabei hat sich Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern das ambitionierteste Auswahlverfahren auferlegt. Gleich drei Gesteine kommen infrage, die jeweils ihre Eigenheiten haben. Salz ist sehr dicht, kann Risse selbst schließen, die Hitze aus den Abfällen gut ableiten und liegt in geringer Tiefe. Die Einlagerung wäre verhältnismäßig einfach und günstig, lange galt es als Material der Wahl. Dafür ist es aber wasserlöslich, die Radionuklide könnten sich

unkontrolliert ausbreiten.

Granit hingegen ist besonders fest, kann aber reißen, ohne zu heilen, sodass Grundwasser eindringt. Ton wiederum ist zwar nahezu wasserundurchlässig, verträgt aber Wärme nicht gut. Der Bau des Lagers wäre besonders aufwendig und kompliziert. Dennoch ist es das Gestein, auf das die Schweiz, Frankreich und Belgien setzen – und das auch hierzulande zunehmend in den Fokus rückt.

Einer, der sich mit einem potenziellen Endlager in diesem Substrat beschäftigt, ist Wolfram Rühaak, Geowissenschaftler an der TU Darmstadt und verantwortlich für die Sicherheitsuntersuchungen bei der BGE. Er sagt: „Ton hat sich schon lange bewährt für Mülldeponien.“ Gemeinsam mit seinem Team hat er einen Plan entworfen, wie ein solches Lager aussehen könnte. Bis zu acht Quadratkilometer groß würde es sein, möglichst 600 Meter unter der Erde. Denn nur in dieser Tiefe, so Rühaak, sei es auch gegen künftige Gletscher geschützt, die sich „mit hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit“ in den nächsten Jahrtausenden über die Landschaft wälzten.

Vieles dafür lernten sie von den Versuchen in den Schweizer Alpen. In einem Stollen tief unter dem Grimselpass steckt ein künstlich beheizter Tank. Der soll zeigen, wie die Wärme der Abfälle den umgebenden Ton schädigen könnte. Diese Experimente, so der Wissenschaftler, bestätigten „prinzipiell“, dass darin das „Konzept der tiefeingeologischen Endlagerung funktioniert“.

Während Deutschland also noch tief in der Theorie steckt, will Finnland bereits im kommenden Jahr als erstes Land überhaupt seine finale Stätte in Betrieb nehmen. In der Ostsee unter der Halbinsel Olkiluoto, 270 Kilometer nordwestlich von Helsinki hat das Land ein Tunnelsystem gebaut, insgesamt 42 Kilometer lange Gänge und Schächte, 420 Meter tief eingegraben in Granit. Vor möglichen Rissen soll den Müll ein sogenanntes Mehrbarrierensystem aus Kupfer, Gusseisen und einem tonhaltigen Gestein schützen.

### **Freiwilligkeit würde hierzulande nicht funktionieren**

Warum die Finnen so weit sind? „Weil sie nur eine Gesteinsart haben und geschaut wurde, welche Gemeinden sich am offensten gegenüber einem Endlager zeigen“, erklärt Sophie Kuppler, Leiterin der Forschungsgruppe „Endlagerung als soziotechnisches Projekt“ am

Karlsruher Institut für Technologie. Das Vertrauen in den Staat und die Wissenschaft seien dort nicht nur viel höher, die Gemeinden erhielten im Gegenzug auch viel Geld durch hohe Gewerbesteuern.

Diese „Freiwilligkeit“, so die Soziologin, funktioniere in Deutschland jedoch vermutlich nicht. „Die Nuklearindustrie und der Umgang mit den Abfällen waren traditionell von großer Geheim-

haltung und Intransparenz geprägt.“ Die Vertrauensverluste würden sich bis heute auswirken. Zudem hätten die Bundesländer viel Macht, jedes sei froh, wenn das Endlager woanders hin- komme.

Als Ministerpräsident Markus Söder (CSU) etwa verkündete, Bayern passe „geologisch gesehen“ nicht, sei das laut Kuppler, eine „rein politische Aussage“ gewesen. Deutschland könne sich von

anderen vor allem eines anschauen: Miteinander sprechen und bereit sein, das Verfahren anzupassen.

Und in Ahaus? Seien die Untersuchungen an den Behältern, so David Knollmann, ohnehin so angelegt, dass sie bis ins nächste Jahrhundert Sicherheit böten. Bis dahin habe man hoffentlich einen passenden Ort gefunden. Und das Endlager gebaut.

<b>Abbildung:</b>	Im Zwischenlager Ahaus werden 329 gelbe und blaue Castoren mit radioaktivem Abfall aufbewahrt
<b>Fotograf/-in:</b>	Markus Matzel/ IMAGO
<b>Fotograf/-in:</b>	Infografik WELT
<b>Fotograf/-in:</b>	Infografik WELT
<b>Fotograf/-in:</b>	Infografik WELT
<b>Fotograf/-in:</b>	Markus Matzel/ IMAGO
<b>Fotograf/-in:</b>	Infografik WELT
<b>Fotograf/-in:</b>	Infografik WELT
<b>Fotograf/-in:</b>	Infografik WELT
<b>Wörter:</b>	1793
<b>Urheberinformation:</b>	(c) Axel Springer SE

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



## Erbe der Atomkraft: Bericht enthüllt beunruhigende Details der Atommüll-Lagerung

3. November 2024 00:00

[Originalartikel](#) (Online Website)

Von: Joachim Wille Ein neuer Report zeigt besorgniserregende Zustände bei der **Atommüll**-Lagerung. Die Autorinnen und Autoren sehen den Staat in der Pflicht.

Beim Thema **Atommüll** wird hierzulande vor allem über Castor und Co. debattiert, also die Behälter mit stark strahlendem Abfall, der ursprünglich aus den Kernkraftwerken stammt. Es existiert jedoch noch viel mehr radioaktives Material aus Kernkraft-Nutzung, Medizin und Forschung, das beseitigt werden muss.

### Erstmals Überblick über **Atommüll** in Deutschland: Bisher nicht erfasste Mängel sind ein Anlass

Der Bericht „**Atommüll** – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland“ erhebt den Anspruch, erstmals einen lückenlosen Überblick über [die Atommüll-Lagerung in Deutschland](#) zu geben. Dokumentiert wird darin, wo **Nuklearabfall** produziert wurde und wird, wo er lagert, wohin er transportiert wurde und welche Sicherheitsprobleme nach Ansicht der Autor:innen bestehen.

Der Report umfasst 468 Seiten, herausgegeben wurde er unter anderem vom Umweltverband BUND, der Organisation „ausgestrahlt“ und dem privaten Umweltinstitut [München](#). Anlass für die Erstellung des Reports war nach Angaben der Organisationen, dass die Bundesregierung keine Gesamtschau über radioaktive Abfälle habe und auch die tatsächlichen Mängel, Komplikationen oder Pläne an den Standorten nicht erfasst seien. Es existiere bisher nur ein offizielles Abfallverzeichnis, mit dem grob abschätzen werden kann, welche Mengen wo liegen.

### **Atommüll**-Bericht sieht Standorten mit erheblichen Sicherheitsdefiziten

Der Bericht verzeichnet bundesweit über 216 **Atomanlagen** an 71 Standorten, nämlich 84 aktuell in Betrieb befindliche, 56 stillgelegte und 76 bereits komplett beseitigte Anlagen. Viele dieser Standorte wiesen nach teils jahrzehntelanger Nutzung erhebliche Sicherheitsdefizite auf, heißt es darin.

Laut dem Report gibt es über 50 Standorte für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, genannt Zwischenlager, Pufferlager, Bereitstellungshalle oder Landessammelstelle. Besonders hier gebe es großen Probleme und Mängel, ebenso wie in den geplanten oder gescheiterten „**Endlagerprojekten**“ Schacht Konrad, Asse oder Morsleben. Die Situation sei unübersichtlich und [in einigen Fällen regelrecht chaotisch](#), sagte die Hauptautorin des Bericht, die Politologin Ursula Schönberger.

## Zustand von **Atommüllfässern** in Leese unklar

Als Beispiel führt der Report die Sammelstelle im niedersächsischen Leese auf, deren Mietvertrag 2030 endet. Dort gebe es sogenannte Blähfässer - **Atommüllfässer**, die sich ausgebeult und verformt haben. Sie seien wegen der engen Einlagerung nur schwer zugänglich, daher sei auch unbekannt, was darin genau passiert. Wegen der Probleme mit dem **Endlagerprojekt** Schacht Konrad für schwach- und mittelaktive Stoffe nahe Salzgitter werde ein anderes Zwischenlager für die Leese-Fässer nötig, für das aber noch keine Pläne existierten.

Als weiteres Beispiel nennt der Report die radioaktiven Abfälle des Forschungszentrums in Karlsruhe, die in großen Zwischenlagerhallen auf dem Gelände der dortigen Universität, dem KIT Campus Nord, lagern. Ursprünglich hätten die in den 2030er Jahren abtransportiert werden sollen, so Schönberger. Dann sei aber festgestellt worden, dass die Abfälle deutlich stärker kontaminiert sind als ursprünglich gedacht. Deswegen und wegen der Schacht-Konrad-Verzögerung gehe man davon aus, dass der letzte Müll aus Karlsruhe erst anno 2072 abtransportiert wird.

## Müll aus der **Atomkraft** wird quer durch das Land geschoben – so die Kritik

Weiterer Kritikpunkt in dem Report ist die Verschiebung von **Atommüll** quer durch das Land, wie etwa beim geplanten Transport von 152 Castoren vom Forschungszentrum Jülich in ein Zwischenlager nach Ahaus. Der **Atomexperte** Helge Bauer von ausgestrahlt sagte dazu: „Das Hin-und Herschieben des **Atommülls** mit Transporten quer durch Deutschland ist verantwortungsloses Handeln nach dem Sankt-Florians-Prinzip.“ Die Regierung müsse ein Konzept zur **Atommüll**-Zwischenlagerung vorlegen, bei dem die Minimierung von Gefahren für die Bevölkerung die oberste Priorität hat.

Schönberger krisierte, der jüngst vorgelegte Entwurf der Bundesregierung für das „Nationale Entsorgungsprogramm“ benenne die Probleme leider nicht konkret. „Kein Wort über rostende Fässer, kein Wort über die erheblichen Probleme bei der Stilllegung des **Endlagers** Morsleben und der Räumung des **Endlagers** Asse II. Kein einziges Wort über die Freigabe radioaktiver Abfälle in den ganz normalen Wirtschaftskreislauf.“ Mit dem Report übernehme man eine Aufgabe, die Staat und die Industrie bisher versäumt haben.

*Der Report ist per E-Mail an [info@atommuellreport.de](mailto:info@atommuellreport.de) bestellbar, Unkostenbeitrag 30 Euro.*